

Bildung aktuell

Bildungspolitik im Wahljahr 2013: Die Positionen zum lebenslangen Lernen in den Wahlprogrammen der Parteien

Der vorliegende Beitrag reflektiert die in den Wahl- respektive Regierungsprogrammen zur Bundestagswahl am 22. September 2013 formulierten Vorstellungen und Vorhaben der Parteien hinsichtlich lebenslangen Lernens. Der Überblick beschränkt sich auf die Positionen von Bündnis 90/Die Grünen¹, CDU/CSU², Die Linke³, FDP⁴ und SPD⁵ – also auf jene Parteien, die bereits jetzt im Bundestag vertreten sind und nach aktuellen demoskopischen Hochrechnungen die größten Aussichten auf einen erneuten Einzug in den Berliner Reichstag besitzen.

Die aus aktuellem Anlass resultierende Fokussierung auf die in den Wahlprogrammen getroffenen Aussagen zu lebenslangem Lernen bedeutet zugleich einen Verzicht auf eine detaillierte Analyse weiterer programmatischer Dokumente wie Grundsatzprogramme, Fraktionsbeschlüsse und Strategiepapiere, die zwar lohnend wäre, hier aber nicht erfolgen kann.

Studiert man die Wahlprogramme der genannten Parteien, so offenbaren diese bereits durch die Verwendung inhaltlich verschieden konnotierter Termini unterschiedliche bildungspolitische Vorstellungen und Verständnisse. Lebenslanges Lernen, das die Unabgeschlossenheit des Lernprozesses im Kontinuum des Lebenslaufs betont, wird lediglich in den Programmen von Grünen, SPD und FDP explizit genannt; CDU und Linke bedienen sich diesbezüglich anderer Vokabeln. Der Erwachsenenbildungsbegriff, der über viele Jahrzehnte als Leitbegriff des quartären Bildungssektors Erwachsene als lernende Subjekte terminologisch in besonderer Weise hervorhob, findet ausschließlich in den Dokumenten von CDU und SPD Verwendung. Demgegenüber ist der Begriff Weiterbildung in allen Programmen zu finden. Er knüpft an die sog. realistische Wende der Erwachsenenbildung an und signalisiert – wie auch der von der FDP verwendete Fortbildungsbegriff – mit seinem adressatenunspezifischen Zeitbezug des Lernens tendenziell ein eher funktionales, am Erwerbsleben orientiertes Bildungsverständnis. Damit korrespondiert auch, dass der eher zweckgerichtete Qualifizierungsbegriff, z. B. in den Programmen von FDP, Grünen und SPD, ebenso wie der Output-orientierte Kompetenzbegriff häufig in den Programmen genannt wird.

Richtet man den Fokus auf die Kontextualisierung der Aussagen zum lebenslangen Lernen in den Wahlprogrammen und fragt nach den (impliziten) Be-

gründungen lebenslangen Lernens, so offenbart sich ein ähnlich funktionales Bildungsverständnis. Alle hier berücksichtigten Parteien messen lebenslangen Lernprozessen volkswirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Relevanz bei, vor allem hinsichtlich Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie – mit Ausnahme der Linken – vor dem Hintergrund des steigenden Fachkräftebedarfs. Die persönlichkeitsbildende Funktion lebenslanger Lernprozesse erwähnen hingegen nur FDP, Grüne und Linke. Als ein Schlüssel zu gesellschaftlicher und digitaler Partizipation wird lebenslange Bildung von Grünen, Linken und SPD gesehen.

Weitere Kontexte, in denen lebenslanges Lernen thematisiert wird, sind individuelle Beschäftigungsfähigkeit, Nachqualifizierung und beruflicher wie sozialer Aufstieg (FDP, Grüne, SPD), Verbraucherschutz (Grüne, SPD), ökologische und nachhaltige Entwicklung (Grüne, FDP), Inklusion, kulturelle Bildung (jeweils SPD und Grüne), Ehrenamtlichkeit (SPD), Integration, demografischer Wandel (jeweils FDP) sowie Gesundheitsbildung (Grüne, SPD).

Im Hinblick auf die konkreten Bildungsvorhaben betonen alle Parteien die grundsätzliche Notwendigkeit eines verbesserten Zugangs zu Bildung in unterschiedlichen Lebensphasen. SPD und Linke fordern einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung aller, u. a. durch die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung mit Anspruch auf Weiterbildung (SPD) und die Einführung eines Bildungsurlaubs in allen Bundesländern sowie durch ein Bundesweiterbildungsgesetz (jeweils die Linke). Die CDU tritt allgemein für den Ausbau eines flächendeckenden Systems der Erwachsenenbildung und für die Gewährleistung beruflicher Auszeiten zur Weiterbildung ein.

Einen großen Stellenwert nimmt das Thema betriebliche Weiterbildung ein: Unternehmen sollen,

Tetyana Kloubert



Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung, Universität Augsburg, Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg, E-Mail: tetyana.kloubert@phil.uni-augsburg.de

Dr. des. Falk Scheidig



Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung, Universität Augsburg, Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg, E-Mail: falk.scheidig@phil.uni-augsburg.de

¹ Bündnis 90/Die Grünen: Zeit für den grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. (28.04.2013)

² Da bei Redaktionsschluss von CDU/CSU kein Wahlprogramm (entwurf) vorlag, wird in Rücksprache mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle für die Positionen der Unionsparteien auf den Beschluss des Bundesvorstandes „Starkes Deutschland. Chancen für alle!“ (27.08.2012) sowie die Wilhelmshavener Erklärung (4./5.01.2013) zurückgegriffen.

³ Für die bildungspolitischen Positionen der Linken wird aufgrund des noch nicht vom Bundesparteitag beschlossenen Wahlprogramms auf den Programmtext mit dem Titel „100% Sozial“ (19.04.2013) Bezug genommen.

⁴ FDP: Bürgerprogramm 2013 (Vorläufige, auf dem



Was steht in den Wahlprogrammen der Parteien zum lebenslangen Lernen?

so die Linke, verpflichtet sein, die Weiterbildung der Beschäftigten sicherzustellen, u. a. durch das Gründen von unternehmensfinanzierten Branchenfonds für Weiterbildung. Die CDU will hingegen Weiterbildungspakte in den Tarifverträgen verankern; die Grünen erstreben eine Förderung von Weiterbildungsaktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen seitens des Staates. Dem demografischen Wandel Rechnung tragend, setzt sich die FDP für ein entsprechendes „Alternsmanagement“ unter Berücksichtigung lebenslangen Lernens in den Betrieben ein. Zugleich betont die FDP die Eigenverantwortung im Bereich des lebenslangen Lernens und will Weiterbildung durch privates Bildungssparen in Kombination mit Bildungsgutscheinen finanziell ermöglichen. Das Bildungssparkonto wird von den Grünen hingegen als gerechtigkeitswidrig kritisiert. Sie fordern ihrerseits die Einführung eines Erwachsenen-BAföG ohne Altersgrenzen. Die Linke möchte kostenfreie Weiterbildungsangebote für Frauen beim Wiedereinstieg ins Berufsleben nach schwangerschafts- oder erziehungsbedingter Pause durchsetzen. Sie versteht Bildung als Menschenrecht in öffentlicher Verantwortung und spricht sich ausdrücklich gegen Privatisierung und Verwertbarkeitsorientierung von Bildung aus. Die Linke strebt ferner Lohnerhöhungen für Weiterbildungsbeschäftigte an.

Die Gewährleistung von Bildungschancen für Menschen ohne Schulabschluss ist Gegenstand fast aller Programme (CDU, FDP, SPD, Grüne). Die CDU richtet ein besonderes Augenmerk auf die Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen unter 30 Jahren. Grüne, SPD und FDP widmen sich explizit den Themen Analphabetismus und Grundbildung bei Erwachsenen; so setzt sich z. B. die FDP für die Einrichtung einer „Alpha-Stiftung“ ein. Für beruflich Qualifizierte fordert die SPD ein Aufstiegsstipendium für das Stu-

dieren ohne Abitur. Auch die FDP erachtet, unter Verweis auf den Bologna-Prozess, die Hochschule als Ort lebenslangen Lernens und tritt für weiterbildende, berufsbegleitende und Teilzeitstudiengänge ein.

Die Grünen wie auch die SPD wollen die Verbraucherbildung stärken, zum einen durch das Schaffen und die Erweiterung diesbezüglicher Angebote seitens der Bildungseinrichtungen (SPD) und zum anderen durch den Ausbau des Bildungs- und Beratungsangebots der Verbraucherverbände (Grüne).

Obwohl der Bildung in allen Phasen des Lebens große Relevanz beigemessen wird und partiell inhaltliche Überschneidungen vorhanden sind, offenbaren sich Unterschiede hinsichtlich Prioritäten und Perspektiven. Je nach Bildungsverständnis sowie wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und personenbezogener Kontextualisierung lebenslangen Lernens variieren die Vorhaben und Forderungen. Tendenziell ist jedoch zu erkennen, dass weniger individuelle Bildungsbedürfnisse im Sinne einer Persönlichkeitsentfaltung im Vordergrund stehen als vielmehr ein politisch diagnostizierter Bildungsbedarf, der sich an der Funktionalisierung und Zweckorientierung von Bildung – etwa im Sinne wirtschaftlicher Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit – in den Wahlprogrammen ablesen lässt.

Insgesamt bleiben die Aussagen oftmals vage und die Begriffsverwendungen uneindeutig, was auch dem grundsätzlichen Charakter von Wahlprogrammen geschuldet sein dürfte. Angesichts der vielfältigen Problem- und Aufgabenbereiche, zu deren Lösung lebenslanges Lernen einen Beitrag leisten soll, muss die fehlende inhaltliche Präzision umso mehr bedauert werden. Dies ist vor allem insofern zu beachten, als lebenslanges Lernen als Begriff schnell zu einem bildungspolitischen Modewort reduziert zu werden droht, wenn die Komplexität des Lernprozesses im Kontinuum des gesamten Lebens nicht in notwendiger Klarheit bedacht wird.

Bundesparteitag beschlossene Fassung vom 05.05.2013).

⁵ SPD: Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013–2017 (14.04.2013).